

## "Mit Kohle fängt es an" in Süddeutsche Zeitung (10. Februar 1953)

**Legende:** Am 10. Februar 1953 befasst sich die deutsche Tageszeitung Süddeutsche Zeitung mit der Gründung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Eisenerz in den sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner; Goldschagg, Edmund; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August. 10.02.1953, Nr. 33; 9. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Mit Kohle fängt es an", auteur:Slotosch, Walter , p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/mit\\_kohle\\_fangt\\_es\\_an\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_10\\_februar\\_1953-de-df68f426-3f4f-47ba-be99-d3b5ba9196f9.html](http://www.cvce.eu/obj/mit_kohle_fangt_es_an_in_suddeutsche_zeitung_10_februar_1953-de-df68f426-3f4f-47ba-be99-d3b5ba9196f9.html)

**Publication date:** 02/12/2013

## Mit Kohle fängt es an

Von Walter Slotosch

Heute ist der Tag X für den praktischen Beginn der seit langem vorbereiteten Montan-Union. Ab heute wird von Hamburg bis Neapel und von Brest bis Venedig ein gemeinsamer europäischer Markt für Kohle, Erz und Schrott eröffnet. Zölle und mengenmäßige Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr durch Kontingente sowie diskriminierende Maßnahmen werden aufgeschoben. Eine partielle Zollunion entsteht.

Zwar wird diese Zollunion heute nur für den Kohlenmarkt und zwei Monate später für den Stahlmarkt errichtet - sie erstreckt sich damit aber auf die beiden grundlegenden Schlüsselindustrien jeder modernen Wirtschaft, die im Bereich der Union immerhin 15 Prozent des Wertes der gesamten industriellen Produktion der sechs Länder aufbringen. Am gesamten Sozialprodukt der Länder der Union gemessen ist es freilich erst ein bescheidener Teil, für den die Landesgrenzen fallen und ein freier ungetrennter Handel möglich ist, nämlich nur 6 Prozent.

Obwohl viele grundlegende Entscheidungen noch offen sind und noch keineswegs vorherzusehen ist, wie dieses Experiment sich weiter entwickeln wird, glauben viele Kommentatoren schon jetzt, daß die Montan-Union kein Grundstein Europas, sondern eine hochbrisante Sprengladung sei - während andere wiederum mit Vorschußlorbeeren nicht geizen. Wir finden, es ist gut, daß ein Anfang gemacht wird, ein praktischer Anfang. Denn hier geht es nicht mehr um Theorie und Diskussion, sondern um die Entscheidungsgewalt einer zum erstenmal mit wirklichen Vollmachten ausgestatteten europäischen Versammlung. Mit dem heutigen Stichtag beginnen die Maßnahmen nur zum Teil wirksam zu werden, die erst nach einer Übergangszeit von Jahren zum Ziel führen sollen.

Die Beseitigung der Kohlenzölle stellt keine materielle Neuerung dar, da diese ohnehin schon suspendiert waren. Sie werden nun auch de jure aufgehoben. Auch beim Kohlenpreis ist zunächst keine Änderung eingetreten. Heute werden im Amtsblatt der Hohen Behörde die Preistabellen bekannt gegeben, die ab 1. März gelten sollen. In Frankreich, wo man eine Senkung der deutschen Exportpreise erhoffte, ist man über die Anerkennung der gegenwärtigen westdeutschen Kohlenpreise als Höchstpreise durch die Hohe Behörde enttäuscht. Auch die Entscheidung über den Termin der Eröffnung des Schrottmarktes hat den Wunsch Frankreichs nicht berücksichtigt, diesen Termin wegen der stark verbilligten französischen Schrottpreise noch einige Zeit zurückzustellen. Sofort wirksam wird das Verbot unterschiedlicher Rabatte und Zuschläge bei gleichen Geschäften und das Verbot, die Gleichheit der Preise durch eine Veränderung der sonstigen Geschäftskonditionen zu umgehen.

Der Abbau der Subventionen, Ausgleichszahlungen und diskriminierender Frachttarife wird noch umfangreiche Untersuchungen und ein nur stufenweises Vorgehen erfordern. Übergangslösungen müssen in Kauf genommen werden, sollen nicht krisenhafte Störungen durch abrupte Maßnahmen hervorgerufen werden. Mit einem starken Anschwellen der Nachfrage nach deutscher Exportkohle ist, wie man aus dem Ruhrgebiet hört, bei der jetzigen Preiskonstellation nicht zu rechnen. Offen ist bis zur Stunde allerdings noch die Frage der Senkung des westdeutschen Kohlenexportpreises um den Betrag der Umsatzsteuer-Rückvergütung. Bei der Preispolitik darf das Ziel nicht sein, die Preise und Profite der Produzenten zu stabilisieren - dann wäre die Montan-Union in der Tat ein Superkartell - die Aufgabe kann vielmehr nur darin liegen, für den Käufer und Verbraucher einen Markt zu entwickeln, der in allen Ländern der Union möglichst einheitliche Kosten und Lieferbedingungen bringt.

Wir sind uns darüber durchaus im klaren, daß eine Reihe von schwerwiegenden Pflichten und Risiken mit dem Eintritt in die Montan-Union zu übernehmen ist. Unsere Startposition ist durch die starre und willkürliche Zerreißen des organisch gewachsenen Aufbaus der westdeutschen Schwerindustrie wesentlich verschlechtert worden. Wir begeben uns außerdem in die Abhängigkeit von den investitionspolitischen Entscheidungen der Hohen Behörde. Aber auch die anderen Länder müssen Zugeständnisse machen. Jene Kritiker, die sich über den „Schumanplan-Geist“ lustig machen und die Montan-Union lediglich als die Fortsetzung der Besatzungspolitik mit anderen Mitteln, als einen Plan zur Stabilisierung und Ausweitung des Marktes für die durch den Monnet-Plan übermäßig ausgebaute französische Stahlindustrie und als einen

Versuch zur Versorgung Frankreichs mit billiger Koks- und Anthrazitkohle ablehnen, diese klugen Leute haben uns nichts anzubieten als die hagestolze Empfehlung einer wirtschaftspolitischen Expansion auf eigene Faust. Ein für wahr etwas unzeitgemäßes Rezept, das die politische Situation der Bundesrepublik ziemlich verkennt.

Eine vollendete Gleichheit der Konkurrenz- und Absatzbedingungen wäre auf dem gemeinsamen Markt nie zu verwirklichen, wenn die wirtschaftliche Integration Europas bei Kohle und Stahl haltmachen würde. Der Weg zu einer voll wirksamen Montan-Union ist also noch weit. Heute, am 10. Februar, hat man einen Anfang gemacht. Das Endziel der sechs Regierungen aber war und bleibt die Konstituierung einer möglichst umfassenden politischen Gemeinschaft in Europa.